

**BUNDESMINISTERIUM
FÜR
EUROPÄISCHE UND INTERNATIONALE
ANGELEGENHEITEN**

VÖLKERRECHTSBÜRO

A-1014 Wien, Minoritenplatz 8
Tel.: 0501150-0, FAX: 0501159-310
e-mail: abtia@bmeia.gv.at

E - M A I L

GZ: BMeiA-AT.8.15.02/0041-I.A/2011

Datum: 21. März 2011

Seiten: 2

An: e-Recht@bmf.gv.at

Kopie: begutachtungsverfahren@parlinkom.gv.at

Von: Bot. Dr. H. Tichy

SB: MMag. Stelzer MIM, LR Mag. Csörsz

DW: 3992

BETREFF: Bundesgesetz, mit dem das Nationalbankgesetz 1984 und das Finanzmarktaufsichtsbehördengesetz geändert werden;
Stellungnahme des BMeiA

zu GZ. BMeiA-AT.8.15.02/0041-I.A/2011
vom 1. März 2011

Das BMeiA nimmt zum oz. Entwurf wie folgt Stellung:

Zu Art. I Z 1 des Entwurfs:

Die Fundstellen für die zitierten Rechtstexte wären zu ergänzen:

- Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, ABl. Nr. C 83 vom 30.03.2010 S. 47
- Protokoll (Nr. 4) über die Satzung des Europäischen Systems der Zentralbanken und der Europäischen Zentralbank, ABl. Nr. C 83 vom 30.03.2010 S. 230

Zu Art. I Z 2 des Entwurfs:

Die Fundstelle für den zitierten Rechtstext wäre zu ergänzen:

- Vertrag über die Europäische Union, ABl. Nr. C 83 vom 30.03.2010 S. 13

Zum Vorblatt:

Nach dem Rundschreiben des Bundeskanzleramtes-Verfassungsdienst, GZ 600.824/011-V/2/01, gilt für die Umsetzung unionsrechtlicher Vorschriften in Bezug auf die Gestaltung des Vorblattes: Unter der Überschrift „**Verhältnis zu Rechtsvorschriften der Europäischen Union**“ genügt der Hinweis, dass die Unionsrechtskonformität gegeben sei, nicht mehr. Stattdessen sollte eine spezifischere Aussage dahingehend getroffen werden, ob in der fraglichen Angelegenheit Vorgaben des Rechts der Europäischen Union bestehen, und gegebenenfalls wie die vorgesehene Regelung sich zu diesen verhält. Als Formulierung käme etwa in Betracht:

- „Die vorgesehenen Regelungen stehen mit den höherrangigen europarechtlichen Normen im Einklang und enthalten durch den Vertrag von Lissabon nötig gewordene Anpassungen.“

Für den Bundesminister:
H. Tichy m.p.